

Kernpunkte 10

Oktober 2016 / Kurzdokumentation zur Kernenergie Diskussion: Tatsachen und Argumente

Parlament genehmigt erstes Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 ...

Der Nationalrat sprach sich an der Schlussabstimmung der Herbstsession 2016 mit 120 Ja- zu 72 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen für das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 aus. Der Ständerat nahm es mit 35 Ja- zu 6 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen an. Am 19. September hatte er die letzten Differenzen ausgeräumt. Das Paket umfasst Massnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur verstärkten, aber auch marktnäheren finanziellen Förderung erneuerbarer Energien. Die bestehenden Kernkraftwerke dürfen solange am Netz bleiben, wie die Behörden sie als sicher einstufen. Der Bau neuer Kernkraftwerke in der Schweiz wird indessen gesetzlich verboten.

... und SVP sowie Alliance Energie ergreifen Referendum

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ergreift gegen die Energiestrategie 2050 das Referendum. Sie bezeichnet das vom Parlament verabschiedete erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 als «ruinös» und «verantwortungslos». Unterstützt wird sie namentlich von den Branchenverbänden GastroSuisse, Astag, Auto Schweiz und Swissmem. Unabhängig davon sammelt auch die Alliance Energie mit Vertretern der Jungfreisinnigen, der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU), des Bundes der Steuerzahler, von Freie Landschaft Schweiz und der Jungen SVP Unterschriften für das Referendum. Die Energiestrategie 2050 sei eine utopische, gefährliche und radikale Vorlage, schreibt die Alliance Energie. Die zwei grössten Wirtschaftsdachverbände – die Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) – verzichten hingegen auf eine Unterstützung. Die Referendumsfrist läuft vom 11. Oktober 2016 bis zum 19. Januar 2017. Eine allfällige Volksabstimmung könnte frühestens am 21. Mai 2017 stattfinden.

Energie-Trilemma: Schweiz von Platz 1 auf Platz 2

Die Schweiz ist neu auf Platz 2 der Länder mit der schlüssigsten und stabilsten Energiepolitik. Dies zeigt der Weltenergieat in seinem neusten Energie-Trilemma-Bericht 2016. Auf Platz eins der Rangliste liegt jetzt Dänemark. Der Trilemma-Index beschreibt den Konflikt zwischen den drei energiepolitischen Zielen «Energieversorgungssicherheit», «Zugang/Bezahlbarkeit» sowie «Umweltverträglichkeit» und bringt ein vergleichendes Ranking von 125 Ländern in Bezug auf ihre Fähigkeit, die zum Teil konkurrierenden Ziele in Einklang zu bringen. Der Bericht hebt hervor, dass der Gesamttrug der Schweiz die vergangenen energiepolitischen Entscheide des Landes widerspiegeln. Die jüngsten Entwicklungen hingegen seien noch nicht einbezogen. Dazu zählt der Weltenergieat die Energiestrategie 2050 und die Diskussionen über einen Atomausstieg.

Rahmenbewilligungsgesuche zurückgezogen

Die Axpo Holding AG, die Alpiq Holding AG und die BKW AG haben beschlossen, die im Jahr 2008 eingereichten und 2011 sistierten Rahmenbewilligungsgesuche für Ersatzkernkraftwerke zurückzuziehen. Sie begründen ihren Entscheid mit der seit der Einreichung der Rahmenbewilligungsgesuche im Jahr 2008 «fundamental geänderten» Ausgangslage. Der Markt sei heute ein ganz anderer und die Politik habe in der Zwischenzeit die Weichen für eine Zukunft ohne Kernkraft gestellt.

Leibstadt bis Februar 2017 vom Netz

Während der Jahreshauptrevision 2016 des Kernkraftwerks Leibstadt sind an Brennelementen lokale Verfärbungen entdeckt worden. Laut der Betreiberin nimmt die Inspektion dieser Befunde und die Neubeladung des Reaktorkerns

Redaktion: M.-F. Aepli,
B. Bechtold, M. Brugger,
M. Rey, M. Schorer
Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2016 Nuklearforum Schweiz

mehr Zeit in Anspruch als geplant. Dadurch verschiebt sich die Wiederinbetriebnahme von Leibstadt voraussichtlich auf Februar 2017. In den nächsten Wochen werden die betroffenen Brennelemente instand gestellt oder ausgetauscht. Zudem wird die Ursachenanalyse zusammen mit den Herstellern der Brennelemente und des Reaktors sowie externen Experten fortgesetzt.

USA: Baubewilligung für zwei weitere Kernkraftwerke

Die amerikanische Nuklearaufsichtsbehörde NRC hat der Duke Energy die Genehmigung erteilt, zwei Kernkraftwerke am Standort Levy in Florida zu bauen und zu betreiben. Das Unternehmen hat noch nicht entschieden, ob sie das Neubauprojekt realisieren will. Zuerst werde sie untersuchen, ob zusätzliche Nuklearkapazitäten im Bundesstaat benötigt werden, erklärte die Duke Energy. Die Bewilligung ist 40 Jahre lang gültig. In den USA wurden in den letzten Jahren neun neue Kernkraftwerke bewilligt. Vier davon – zwei in Georgia und zwei in South Carolina – sind derzeit in Bau.

Pakistan: Chashma-3 in Betrieb

Das Kernkraftwerk chinesischer Auslegung Chashma-3 (auch Chasnupp-3 genannt) hat am 15. Oktober 2016 erstmal Strom ans Netz abgegeben. Pakistan hat damit sein viertes Kernkraftwerk in Betrieb genommen: Drei stehen am Standort Chashma etwa 210 km südwestlich von Islamabad und eines in der Nähe von Karachi an der Südküste des Landes. An beiden Standorten befindet sich zudem je ein Kernkraftwerk in Bau. Ein weiteres ist am Standort Karachi geplant. Der Atomstromanteil Pakistans betrug Ende 2015 rund 4%.

Indien: Kudankulam-3 und -4 in Bau

Am 15. Oktober 2016 haben die Bauarbeiten für die Kernkraftwerke Kudankulam-3 und -4 in Südindien begonnen. Am Standort produzieren bereits zwei Kernkraftwerke Strom: Kudankulam-1 seit Oktober 2013 und Kudankulam-2 seit August 2016. Zwei weitere sind geplant. Bei allen handelt es sich um fortgeschrittene Blöcke russischer Bauart mit einer elektrischen Leistung von rund 1000 Megawatt, die bisher einzigen

dieser Grösse in Indien. Ein Grossteil der 22 derzeit in Indien in Betrieb stehenden Kernkraftwerke hat eine Leistung von rund 200 Megawatt. Kudankulam ist zudem der einzige Standort Indiens, an dem Kernkraftwerke russischer Bauart gebaut werden. Der Atomstromanteil Indiens betrug Ende 2015 rund 4%.

Neubauprojekt Hinkley Point C unter Dach und Fach

Am 29. September 2016 haben die Regierung Grossbritanniens, die Electricité de France (EDF) und die China General Nuclear Power Group (CGN) in London die Verträge zum Bau zweier Kernkraftwerke am Standort Hinkley Point unterzeichnet. Ende Juli 2016 hatte die EDF-Geschäftsleitung dem Bau zugestimmt. Die neue britische Regierung hatte sich danach bis Mitte September Zeit für eine Neuerteilung des Projekts genommen. Grossbritannien muss bis 2035 mindestens 95 Gigawatt elektrische Leistung zubauen und will die Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990 um 80% verringern. Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Regierung auf eine emissionsarme Stromproduktion mit Wind, Sonne und Kernenergie.

EU-Gericht lehnt Klage gegen Hinkley-Point-Beihilfe ab

Das Gericht der Europäischen Union hat eine Klage von zehn Energieanbietern aus Deutschland und Österreich gegen die von der Europäischen Kommission genehmigte Beihilfe für das geplante Kernkraftwerk Hinkley Point C in Grossbritannien als nicht zulässig abgewiesen. Die Klage war Mitte Juli 2015 von Greenpeace Energy und neun weiteren Energieanbietern eingereicht worden. Die Greenpeace Energy will nun Rechtsmittel gegen den Entscheid des Gerichts einlegen. Auch gegen den geplanten Ausbau des Kernkraftwerks Paks in Ungarn hat die Greenpeace Energy gemeinsam mit sechs deutschen Stadtwerken bei der EU-Kommission offiziell Beschwerde eingelegt.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.